

★ April 2012

antikriegs-info

der Deutschen Kommunistischen Partei

Das Kriegsgeschrei wird immer lauter:

IRAN



im Fadenkreuz

Das Kriegsgeschrei gegen den Iran wird immer lauter. In den letzten Wochen wurde über die Medien den Menschen im Westen eingebleut, es ginge nur noch um die Frage, ob der Angriff auf den Iran von der israelischen oder von der US-Luftwaffe gestartet wird.

Der Besuch des israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu in Washington diente dazu, die Schwelle für den längst geplanten Krieg weiter zu senken. Für ein militärisches Atomprogramm des Iran gibt es keinen wirklichen Beweis. Im Gegenteil: Selbst westliche Geheimdienste gehen davon aus, dass derartige Planungen vor Jahren aufgegeben wurden. Während der Bericht der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) in gezielten Vorabveröffentlichungen westlicher Medien "angesext" wurde, um eine dramatische Steigerung der Urananreicherungs Kapazitäten des Iran zu unterstellen, enthielt der Bericht in Wahrheit keine wirklichen Neuigkeiten. So berichtete die New York Times auch Ende Februar, dass jüngste Erkenntnisse die Einschätzung der US-Geheimdienste aus dem Jahr 2007 bestätigen, wonach Iran sein Atomwaffenprogramm vor Jahren bereits aufgegeben hatte. US-Geheimdienstdirektor James Clapper hatte Ende Januar erklärt, dass es keine Hinweise gäbe, dass das Land sich für ein Programm zum Bau einer Atombombe entschieden habe.

Der israelische Regierungschef nutzte nun seine Auftritte im US-Präsidentenwahlkampf um die sogenannte "Rote Linie" zu verschieben: Bereits die "technische Fähigkeit" zum Bau einer Atombombe sollte als Kriegsgrund fixiert werden. Eine Fähigkeit, die mehr als drei Dutzend Staaten besitzen - darunter auch die Bundesrepublik Deutschland.

Nach Medienberichten hat sich Obama auf dieses Spiel nicht eingelassen. Gleichzeitig ist aber zu hören, die USA würde Israel mit Waffen

ausrüsten, die auch verbunkerte Ziele zerstören können und gleichzeitig Tankflugzeuge für Kampffjets liefern. Eine offensichtliche Einladung zu einem militärischen Himmelfahrtskommando gegen iranische Atomanlagen. Auch die Spekulation, der Kriegsbeginn werde nur bis nach der US-Wahl verschoben, wird eifrig genährt.

Die EU spielt das gefährliche Kriegsspiel aktiv mit. Mit der Entscheidung, iranische Ölimporte zu verbieten und die iranische Zentralbank zu boykottieren, legt sie eine weitere Lunte an das Pulverfass.

Keine Sanktionen gegen den Iran! Keine weiteren Kriegsdrohungen!

Verhandeln statt Erpressen!

Keine Lieferung von Angriffswaffen an die israelische Armee!

Für eine atomwaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten!

Zwar wird der Konflikt der imperialistischen Mächte mit dem Iran seit zehn Jahren vor allem über die Atomfrage öffentlich ausgetragen - tatsächlich aber befindet sich der Iran schon seit Jahrzehnten im Visier der USA. Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahmen die USA von Großbritannien die Rolle des Aufsehers über die ölfreiche Golfregion. Lange Zeit setzten sie dabei auf zwei blutige Diktaturen: Die Saudis und den Schah von Persien. "Im Iran errichteten

sie das Paradebeispiel eines korrupten und brutalen Marionettenregimes. Gefüttert mit hoher Militär- und Wirtschaftshilfe sowie gestützt durch einen rücksichtslosen Geheimdienst, machten sie den Schah für die nächsten 25 Jahre zur starken Figur im Land - und zu einem der verhasstesten Diktatoren der islamischen Welt." (Die Zeit, 14.08.2003)

Als der Schah 1979 gestürzt wurde und der Iran nicht länger als verlängerter Schlagstock der Mächtigen in Washington funktionierte, geriet das Land auf die Abschlusliste. Seit dieser Zeit arbeiten US-Politiker, Geheimdienste und Militärs am "Regime Change". Die imperialistische Supermacht betrachtet die Golfregion als Gebiet eigener "vitaler Interessen". Eine unabhängige Regionalmacht, die über bedeutende Öl- und Gasvorkommen verfügt, darf es nach dieser Doktrin nicht geben. Dafür wird notfalls Krieg geführt. Egal ob dabei Zehn- oder Hunderttausend Menschen ihr Leben lassen müssen.

Terrorismus

(ist nur das, was die anderen tun)

Das Justizministerium der Vereinigten Staaten von Amerika definiert "Terrorismus" wie folgt: "Terrorismus ist nach dem Code of Federal Regulations definiert als der ungesetzliche Gebrauch von Gewalt gegen Personen oder Eigentum mit dem Ziel, eine Regierung, die zivile Bevölkerung oder eine gesellschaftliche Gruppe einzuschüchtern oder Druck auszuüben in der Verfolgung von politischen oder sozialen Zielen".

Würde das Ministerium seine eigene Definition konsequent anwenden, hätte es mehrfach Präsidenten der USA, Minister, ganze US-Regierungen und Führungsstäbe von Ministerien verhaften müssen.

Raus aus Afghanistan!

Öffentlich ist die Rede vom Abzug der westlichen Kampftruppen aus Afghanistan bis 2014. Hinter den Fassaden wird mit einem längeren Einsatz geplant.

US-Denkfabriken entwerfen Pläne für eine veränderte Kriegsstrategie am Hindukusch. In Zukunft könnte die Kriegsführung in Afghanistan sich auf "das Training der afghanischen Armee, die Durchführung von Präzisionsangriffen aus der Luft und Spezialoperationen am Boden" konzentrieren. Aus dem offenen Krieg soll ein verdeckter werden.

Auch der deutsche "Verteidigungs"minister hat klar gestellt, dass auch nach 2014 deutsche Kampftruppen in Afghanistan bleiben werden. Die Training der Kabuler Militärs "machen bei uns nicht die Sanitäter, sondern natürlich Infan-

teristen. Und das sind kampffähige Truppen." Die Größe dieser Truppen nach 2014 sei dabei "völlig offen".

Und in einem Interview mit Spiegel-online erklärte der Minister: "Die Kampfkraft der Truppe wird im kommenden Jahr nicht zurückgefahren, denn wir werden einen robusten Anteil für die unruhigen Regionen in unserem Kommandobereich weiter brauchen."

Dass trotz der enormen Kosten und der Verluste der NATO-Truppen, die westlichen Interventionen eisern an der Kontrolle Afghanistans festhalten, hat vor allem geostrategische Gründe. Das Land gilt als Filetstück auf dem "eurasischen Schachbrett", als Brücke zwischen den öl- und gasreichen Regionen im Nahen Osten und im

kaspischen Raum. Der ehemalige deutsche "Verteidigungs"minister zu Guttenberg: "Es handelt sich in der Gesamtregion um ein Kerngebiet, bei dem deutsche Sicherheits-, aber auch Wirtschaftsinteressen berührt sind, Stichwort Energie."

Für die Anhänger weltweiter Kriegseinsätze der Bundeswehr ist der Krieg in Afghanistan ein wesentlicher Katalysator für die Militarisierung der Berliner Republik. Lothar de Maizière: "Wir haben das Bild der bewaffneten Sanitäter und Wahlbeobachter abgelegt und sind eine vollwertige Armee geworden (...) Der Kampf in Afghanistan, der breite Einsatz der Armee im Gefecht, hat die Bundeswehr und Deutschland transformiert, und das wird auch bleiben."

Um so wichtiger ist es, dass eine breite Antikriegsbewegung den Militaristen das Konzept verdirbt:

Bundeswehr raus aus Afghanistan. Jetzt!

Über Damaskus nach Teheran?

Westen organisiert Regimewechsel

US-Präsident Obama will den Sturz des syrischen Staatschefs: "Seine Tage sind gezählt. Das ist keine Frage des Ob, sondern des Wann". Und Frankreichs Präsident Sarkozy tönt: "Dieses Regime muss weg."

Das letzte Regime, das "weg" musste, war das Libyen Muammar al-Gaddafis. Dass diesen Regimewechsel Zehntausende mit dem Leben bezahlt haben, dass Libyen inzwischen immer tiefer im Chaos versinkt, spielt für die imperialistischen Strategen keine Rolle. In Syrien geht es nicht um Menschenrechte. Das syrische Regime muss weg, weil es ein Verbündeter des Iran ist, weil es sich nicht bedingungslos den US-Interessen und -Strategien unterordnet.

Während auf der diplomatischen Ebene versucht wird, China und Russland für eine Resolution des UN-Sicherheitsrates zu gewinnen, die Türöffner für einen westlichen Militäreinsatz sein könnte, spielt der sogenannte Syrische Nationalrat (SNC) die Rolle des Scharfmachers und Stichwortgebers. Unter Missachtung der Oppositionsgruppen in Syrien, die eine ausländische Intervention strikt ablehnen, fordert der SNC eine "Flugverbotszone" für das ganze Land und eine Militärintervention der arabischen Staaten und des Westens. Dafür wird er mit Geld aus den reaktionären Scheichtümern am Golf reichlich

bedacht. Die "Freie Syrische Armee" wird gleichzeitig mit Waffen hochgerüstet und so der Bürgerkrieg in Syrien angeheizt. Offenbar soll ein Zustand organisiert werden, bei dem eine ausländische Militärintervention als "ultima ratio" zum "Schutz der Bevölkerung" gerechtfertigt werden kann. Der Syrische Nationalrat spielt diese Strategie eifrig mit und lehnt deshalb jeden Kompromiss mit der Regierung in Damaskus kategorisch ab.

Die Bundesregierung will nach den Erfahrungen von Libyen, wo vor allem französische und US-Konzerne sich gute Geschäfte mit den neuen Machthabern erhoffen, diesmal an vorderster Front der Kriegstreiber stehen. Außenminister Westerwelle positioniert sich bei jeder Gelegenheit gegen mögliche Kompromisslösungen. Und auch die Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin, die einer der wichtigsten außenpolitischen Berater der Bundesregierung ist, rät offen zu militärischer Einmischung in Syrien. "Die erste Handlungsoption wäre der verdeckte Einsatz von Spezialkräften in Syrien, der vor allem zwei Ziele hätte: Zum Einen die Unterstützung der Freien Armee Syriens (FAS) in Form von Ausbildung und Bewaffnung und zum Zweiten die Schwächung des syrischen Regimes durch Sabotage der militärischen Infrastruktur."



Ja, ich will:

Mehr Infos über die DKP und ihr Programm
 Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe

Name _____

Vorname _____

Straße _____

Hausnummer _____

PLZ _____

Ort _____

Ausfüllen und abschieken an:
 DKP-Partei Vorstand, Hoffnungstr. 18
 45127 Essen
 E-Mail: dkp.pv@t-online.de
 www.dkp.de